

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Der Oldenburgische Volksfreund

Oldenburg

No. 6, 19. Januar 1850

urn:nbn:de:gbv:45:1-4866

Der
Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Zweiter Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagshandlung angenommen.

Das allgemeine Wahlrecht.

Am 9. Januar 1850, Morgens zwischen 9 und 10 Uhr, bot sich unsern Augen ein eigenes Schauspiel dar, in und vor dem Casinogebäude. Eine Menge Volks, Beamte, Officiere, Unterofficiere, Gemeine, Handwerker, Tagelöhner, Kaufleute zc., Männer jeglichen Alters, jeglichen Standes, strömen die Treppen des Casinosaales hinauf und wogen in buntem Gedränge durch einander. Was wollen die Leute hier? Ein Concert, einen Ball pflegt man doch nicht zu so früher Morgenszeit anzusehen! Sollte vielleicht der Volksbildungsverein seine Sitzung halten? — Doch ich sehe keine Kinder hinaufgehen. Sollte vielleicht eine große Bürgerversammlung ausgeschrieben sein und will man noch einmal darüber debattiren, ob der Unrath der Stadt auf der breitesten demokratischen Grundlage, oder in geschlossenen Kasten aus der Stadt geschafft werden solle? Auch das ist nicht wahrscheinlich, denn man sieht eine Menge Leute, die das Bürgerrecht nicht besitzen und darum auch über städtische Angelegenheiten nicht mitstimmen dürfen! — Wollen die Leute vielleicht neue wichtige Zeitungsnachrichten im Casino lesen? Oder wollen sie über allgemeine wissenschaftliche oder politische Gegenstände sich unterhalten und disputiren? — Ach nein, eine große Anzahl der Anwesenden gehört der sogenannten niederen Klasse an, die mit ihrer Hände Arbeit sauer ihr Brod verdienen muß, und darum im Ganzen weder Einsicht noch Zeit und Neigung hat, an allgemeinen über ihren engern Kreis hinausgehenden Fragen sich selbstthätig zu betheiligen. Nein, man sieht es diesen übrigens achtungswerthen und in ihrem Berufe vielleicht ganz treuen und wackeren Männern auf den

ersten Blick an, daß sie nicht gekommen sind, um Zeitungen zu lesen, oder den Volksbildungsverein zu besuchen, oder sonstige wissenschaftliche, künstlerische oder politische Unterhaltungen zu genießen. — Was wollen denn die Leute hier? hier im Casino, wo die reactionäre Parthei der Beamten, Officiere zc. ihre Orgien feiert und das Mark des Landes vergeudet in Bier und Zuckerwasser! Sie wollen wählen, die Männer aussuchen, welche vermöge ihrer Tüchtigkeit und politischen Einsicht am meisten befähigt sind, die wahren Volksvertreter zu ernennen. — Aber kennen denn jene Leute, die bisher dem öffentlichen Leben ganz fern standen, die Männer, welche gerade die tüchtigsten sind? vermögen sie zu unterscheiden zwischen hohler Phrasenmacherei, politischer Charlatanerie und gediegener politischer Bildung? haben sie eine Einsicht in die Bedeutung der vorliegenden politischen Fragen? besitzen sie auch nur eine Ahnung von den so schwer vorher zu berechnenden practischen Folgen, welche jede politische Maßregel nach sich zieht!? Und doch sollen gerade sie (denn vermöge ihrer Ueberzahl werden sie immer den Ausschlag geben) die Männer erwählen, welche späterhin durch die Wahl der Deputirten, die politische Richtung, die politische Haltung unsers gesammten Staatslebens bestimmen! Ist diese allgemeine gleiche Wahlberechtigung nicht ein Urding! eine Waffe, mit der sich der Inhaber am Ende nur selbst verlegt, wie uns dies die Herrschaft der Pariser Arbeiter im vorigen Jahre deutlich gezeigt hat! Ist es nicht ein Urding, daß der Niedrigsteuerte auf gleiche Weise über die Staatsgelder disponiren darf, wie der Höchsteuerte? Wie kann da eine freie Wahl stattfinden, wenn der reiche Fabrikherr oder Gutsbesitzer, der —
 — Ruhig, alter Reactionär! Schmähe nicht das heiligste

Recht des Volkes! Weg, hinweg mit deinen kalten Betrachtungen und Berechnungen! Ueberlegung und Berechnung darf und soll nie eine Stätte finden auf dem Gebiete der Politik! Bei ihr gilt allein das Herz! das Herz, welches nur an der linken Seite schlägt. Dieses spricht klar und deutlich: alle Menschen sind gleich, gleichbefähigt, gleichberechtigt. — Eben darum, weil das Volk, das eigentliche Volk, d. h. die Arbeiter, Tagelöhner u., die f. g. kleinen Leute, keinen Begriff von der Sache haben, handeln sie am unbefangenen und vorurtheilsfreiesten. Sie wissen, sie verstehen nichts von den widerstreitenden Ansichten der Radicalen, Constitutionellen und Reactionäre; in kindlicher Einfalt treten sie hin zu der Wahlurne, legen ihre Stimmzettel hinein und lassen dann den lieben Gott walten. So erhält die Wahl einen wahrhaft religiösen Character und wird ein reines Gottesurtheil, an dessen Ausfall alle menschliche Vernunft mit ihren Vorherberechnungen und Combinationen zu Schande wird. — Eben darum, weil jene Männer selbst nicht mit den vergänglichem Schätzen dieser Welt belastet sind, können sie ferner, auch ohne ängstliche Rücksichten, ohne Kummer und Sorge wegen des Staatsaufwandes und der dadurch nöthig werdenden Steuererhöhung, ruhig ihre Stimme abgeben. Sie sind am unparteiischsten, weil sie am uninteressirtesten sind! — Solche vorurtheilsfreie und uninteressirte Männer sollen auch die Wahl in Oldenburg entscheiden haben; denn wie wir hören, hat namentlich die schlechte Gesinnungstüchtigkeit des Grevshofes und des Stadtgebietes, sowie der kindlich einfache Sinn der Zweckbäuer, Anbauer, den Sieg davon getragen über die faule Intelligenz und die schändlichen Geldsacke der Residenz und der Osterburg. Wer hätte ein so erfreuliches Resultat erwartet! Ja gewiß die politische Bildung, die wahre politische Bildung ist immer höher gestiegen, auch in der sogenannten niederen Klasse. Ich sage die wahre politische Bildung; d. h. nicht die politische Intelligenz. Denn wie ein großer Volksmann so schön wie wahr sagte: das Volk bedarf selbst keiner Intelligenz, sondern muß nur tüchtige Führer haben, die es zu leiten verstehen. Die wahre politische Bildung des Volks besteht darin, diesen Führern blindlings zu folgen. Und wahrlich in dieser ächten politischen Bildung haben wir neuerdings reißende Fortschritte gemacht. Die politische Parteien werden immer trefflicher organisiert, und die Führer lernen es von Tage zu Tage besser, das Volk zu leiten, dasselbe bei seinem vielgerühmten Instincte, namentlich bei dem materiellen Instincte des Hungers

und Durstes zu packen und zu lenken. Als Hauptförderungsmitel dieser ächten politischen Bildung galten und gelten noch immer die politischen Vereine und Volksversammlungen. Sehr zweckdienlich hat es sich hiebei herausgestellt, Arbeitervereine nach Pariser Mode zu organisiren; denn die gefallen dem Instincte des Volkes gar sehr: es meint da zu schieben, obgleich es freilich nur geschoben wird. Hat man keine Fabrikarbeiter zur Hand, so stiftet man einen Arbeiterverein aus Tagelöhnern und Tagelieben. Letztere finden sich leicht überall. Um die etwa aufsteigenden Besorgnisse des Volkes zu beschwichtigen, hat es sich ferner als sehr passend bewährt, irgend einen Beamten mit in den Verein zu ziehen, der beständig das Wort „Geselligkeit“ und „gesellschaftliche Schritte“ im Munde führt. Mag ein solcher auch nur eine Drathpuppe in der Hand klügerer Leute sein, so ist doch sein Auftreten, sein Percoriren auf Tischen und Bänken für schwache Gemüther von guter Wirkung. In einer ächten Volksversammlung muß es, beiläufig bemerkt, überhaupt recht frei und ungenirt hergehen, nicht nur geredet, sondern auch gehörig getrunken werden. Die Tagesordnung muß lauten: „erst auf den Tisch, dann unter den Tisch!“ — Einen ganz außerordentlichen Fortschritt der politischen Bildung erblicken wir endlich in dem Aufklebern der gedruckten Wahllisten auf die Stimmzettel; dadurch ist eine unendliche Mühe erspart, welche früher auf das Abschreiben verwendet werden mußte. Sollte die politische Bildung noch fernerhin in demselben Maße fortschreiten, so wird bald für die Zeit der Wahl in jedem politischen Vereine ein großer Kleistertopf aufgestellt werden, aus dem die Stimmzettel mit den resp. Wahllisten befeuchtet werden können. Jedes einzelne Vereinsmitglied wird außerdem einen kleineren Kleistertopf nebst einer entsprechenden Anzahl Wahllisten erhalten, mit denen es dann das Land bereist und das Volk politisch bildet, d. h. ihm die Stimmzettel befeuchtet. Von Vereins wegen könnte ferner auch noch eine Prämie dafür ausgesetzt werden, wenn Jemand eine gewisse Anzahl Stimmzettel, meinetwegen 10, für seinen Kleistertopf gewonnen hat; so wie man an manchen Orten auch wohl für das Einliefern von Sperlingsköpfen Belohnung aussetzt. Wenn auf solche Weise die wahre politische Bildung in unserm Lande weiter fortschreitet, wovon nicht nur wie bisher $\frac{1}{10}$, sondern wirklich alle Urwähler mitstimmen oder vielmehr gestimmt werden, dann werden wir die Freiheit erkämpfen; dann können wir noch mit der Zeit eine Volksvertretung, eine Kammer gewinnen, die, wie die Sächsische Kammer des vorigen

Jahres, eine wahrhaft souveräne genannt werden darf!

Pietät der Demokraten.

In N^o 4 des Beobachters wird die Sammlung zur Bezahlung der Schulden des Führers der Demokraten in Oldenburg nochmals berührt und würde es besser für die vertretene Sache gewesen sein, wenn man nicht darauf zurückgekommen wäre. Die Dienste, welche der Bezeichnete seiner Partei geleistet, verdienen gewiß die volle Anerkennung derselben und ist auch nicht in Abrede zu stellen, daß derselbe dem Lande in vielfacher Beziehung von großem Nutzen gewesen ist, da seine Talente und Leistungen sich bei den Landtagsarbeiten die Anerkennung aller Parteien erworben haben. Bedauerlich bleibt es indessen immer, wenn die „Pietät“ einer Partei sich in einer Weise äußert, welche die Stellung des Führers in der öffentlichen Meinung gefährdet, da ein gesinnungstüchtiger Mann, der für seine Ueberzeugung folgen will, stets auch den Schein vermeiden muß, daß seine Richtung durch andere Beweggründe mit bestimmt werde. Die Annahme der klingenden Aeußerung der „Pietät“ ist indessen noch nicht ausgesprochen und würde es auch im Interesse der dienstlichen Stellung des Führers der Demokraten liegen, daß sie nicht erfolge.

Der Reichsregent Professor Vogt an die Demokraten.

Es ist den Demokraten schon oft vorgeworfen, daß sie zu ihren energischen Protesten und phrasenreichen Deductionen gegen das Berliner Bündniß nur eine Maske vornähmen, und sie haben es vermieden, auf diesen Vorwurf zu antworten. Jetzt hat ein großer Mann unter ihnen, der in Stuttgart zum Reichsregenten mitgewählte Professor Vogt aus Sießen, bekannt von der Paulskirche her durch seinen famösen religiösen Standpunkt, demalen in der Schweiz *), selbst diese Maske abgezogen und das freie demokratische Antlitz hinter derselben gezeigt. Er hat für seine Gesinnungsverwandten ein eigenes Schriftchen verfaßt, in welchem nachgewiesen wird, daß die Demokraten der Gründung eines solchen Bundesstaats mehr als jeder andern politischen Maßnahme der Regierungen alle Kräfte entgegen setzen müßten, weil mit dieser Gründung die besten Chancen der Revolution verloren gingen und Deutschland vielleicht

*) Die freien Blätter geben gewiß ihm unter den edelsten Söhnen des Vaterlandes, die, wie sie neulich klagen, in der Verbannung leben müßten, einen der ersten Plätze.

für, immer zur politischen Halbheit verdammt, werden würde, Herr Vogt rath seinen Parteigenossen in den Kleinstaaten, Alles andere zu dulden und selbst mit den reaktionären Partikularisten sich zu verbinden, wenn sie nur dadurch ihre Opposition gegen den Preussischen Bundesstaat mehr Erfolg verschaffen können. Die Demokraten im Oldenburgischen Landtage bedürften dieses Rathes nicht, sie waren eben so klug wie Herr Vogt; reaktionäre Partikularisten hatten sie nicht neben sich, sie verbanden sich dafür mit den reaktionären Ultramontanen und setzten so auch ihren Willen durch.

M u s i k.

Der Monat Januar dieses Jahres zeichnet sich durch einen seltenen Reichthum an musikalischen Aufführungen verschiedener Art aus. Kaum sind die Klänge des großen Oratoriums Paulus von Mendelssohn-Bartholdy verklungen, als wir schon wieder in derselben Woche die C-moll Symphonie von Beethoven hören. Und in der künftigen Woche steht uns wieder ein musikalischer Genuß vor, und zwar ein so seltener, wie er uns in Oldenburg noch nicht gebohen ist. Der hiesige Quartettverein nämlich beabsichtigt, am künftigen Freitag die Chöre der Antigone, die bekanntlich von Mendelssohn-Bartholdy für Männerstimmen in Musik gesetzt sind, unter Orchesterbegleitung zur Aufführung zu bringen. Damit aber die Musik ihre volle Bedeutung und Wirkung erhält, was nur dadurch möglich ist, daß die ganze Tragödie im Zusammenhange den Zuhörern mündlich wird, haben sich die besten Kräfte unserer Bühne bereitwillig erklärt, den Dialog zwischen den einzelnen Chören mit vertbeilten Rollen zu lesen. Da unser Theater, das kein Operpersonal hat, nicht im Stande ist, das Stück uns wirklich dramatisch vorzuführen, so verdient der Versuch des Quartettvereins, das Drama uns so lebendig als für unsere Verhältnisse möglich ist, darzustellen, alle Anerkennung. Es ist dies Drama eines von denjenigen aus dem Alterthume, die noch am meisten den veränderten Zuständen und dem veränderten Geschmack der Gegenwart zusagen, da selbst die Liebe, ohne die die neueren Dramen nun einmal nicht fertig werden können, eine, wenn auch untergeordnete Rolle darin spielt. Zudem ist die Antigone von den Kennern für eins der besten, wenn nicht für das beste selbst, die aus dem Alterthume zu uns gerettet sind, erklärt worden. Die Musik, die dem Schreiber dieses nur in einzelnen Bruchstücken bekannt ist, soll nach der allgemeinen Meinung vortreflich sein, wie sich auch kaum anders erwarten läßt, da der größte Meister dieses Jahrhunderts sie geschrieben hat. Es bedarf wohl keiner Hinweisung auf den edeln Nebenwed, indem der Ertrag der Kinderbewahranstalt zu Gute kommen soll, um das Interesse für diese Aufführung zu steigern.

Das Ministerium in der Klemme.

Die Norddeutsche Zeitung ist mit unserm gegenwärtigen Ministerium sehr unzufrieden. Die Proclamation soll mit einer Dialektik geschrieben sein, die



eines Machiavelli würdig wäre; es soll das Recht bei der Aenderung des Wahlverfahrens mit Füßen getreten haben. Dagegen läßt sich die niedersächsische Zeitung in einem Artikel aus Oldenburg so vernehmen: „Wie es möglich ist, daß ein kräftiges Ministerium es duldet, daß Richter sich an die Spitze der Partheien stellen, daß seine Beamten, welche auf Kündigung stehen, die heftigste Opposition gegen die Regierung machen, ist unbegreiflich. In allen constitutionellen Staaten verlangen die Regierungen, daß die Beamten in ihrem Sinne handeln; und hier? — Sind doch sogar Unteroftiziere und Soldaten bei der sog. Landesversammlung zugegen gewesen.“

Armes Ministerium!

Geliebt in drangvoll fürchterliche Enge
zwischen zwei Zeitungen!

Die Wahl nach Erfurt.

Am Mittwoch und Donnerstag künftiger Woche ist also hier die Wahl der Wahlmänner für den Reichstag, der in Erfurt abgehalten werden soll. Die Ausichten sind trübe; wer kann und darf dies läugnen? Und warum sie trübe sind, bedarf nicht der Auseinandersetzung; ein jeder Zeitungleser weiß sie. Allein trotz der trüben Ausichten, trotz der Befürchtungen ist und bleibt Erfurt noch der einzige Stern, der uns leiten kann. Denn der Stern der vier Könige ist ein Irrlicht, das uns in den Sumpf dynastischer Interessen und des Particularismus zurückführt. Und das Licht der Frankfurter Reichsverfassung ist bis auf den letzten Funken abgebrannt, seitdem die hannoverschen Kammern es haben mit ausblasen lassen. Was von der Reichsverfassung zu retten ist, ist nur in Erfurt zu retten oder — nur durch eine Revolution; und wer hat Kraft und Muth oder auch die Gewissenlosigkeit, eine Revolution absichtlich herbeizuführen? Aber Revolutionen werden nicht gemacht, sondern sie brechen von selbst aus. Und kann man erwarten, daß das deutsche Volk Lust und Neigung haben werde, sich von Neuem in eine Revolution einzulassen, da die einzige Frucht, die das gesammte Deutschland bis jetzt davon gehabt hat, eine Verwirrung aller Verhältnisse gewesen ist?

So sammeln sich um Erfurt die Hoffnungen auf eine Feststellung der deutschen Verhältnisse, die dem Triebe nach Einheit wenigstens einigermaßen Genüge thut. Der Haß gegen Preußen, das an die Spitze treten soll, ist nur ein künstlich erzeugter, und nichts anders als der Neid und die Eifersucht auf seine Macht.

Den Freunden des Erfurter Reichstags oder der sogenannten Gothaer Parthei ist hier die Wahl leicht gemacht, indem die Demokraten sich derselben enthalten wollen. Aber trotzdem muß Jeder, der dieser Parthei angethert, am Wahlstage nicht fehlen; denn den Demokraten könnte über Nacht guter Rath kommen.

Reaction.

Alter Politiker.

Hi, sage mir, mein lieber Sohn,
Was ist Dir denn Reaction?
In jedem Ort, zu jeder Stunde
Führt Du dies Wortlein in dem Munde.

Junger Politiker.

So heiß ich Alles auf der Welt,
Was mir gerade nicht gefällt.
Giebst, Alter, Du Dein Geld nicht her,
So bist Du auch reactionär;
Doch zahlst Du meine Schulden richtig,
So heiß ich Dich gesinnungstüchtig.

(Babylon. Beiträge, Frankfurt 1849.)

Kirchennachricht.

Vom 12. bis 18. Januar sind in der Oldenb. Gemeinde:

1. Copulirt. Keine.
2. Getauft. 14) Johanne Margarethe Wilhelmine Wilfers, Oldenburg. 15) Carl Heinrich Anton Hippe, Oldenburg. 16) Elise Seppie Johanne Brinkmann, Oldenburg. 17) Anna Wilhelmine Rebecca Stühmer, Oldenburg. 18) Johanne Gerhartine Krüger, Egborn.
3. Beerdigt. 12) Johann Gramberg, Donnerschwee, 6 M. 13) Hermann Schellstede, Nadorst, 48 J. 14) Emma Magdalena Anna Johanne Köster, Oldenburg, 1 J. 15) Anna Catharine Elisabeth Kuhlmann, Oldenburg, 69 J. 8 M. 16) Hermann Hinrich Meyer, Eversen, 25 J. 1 M. (Verunglückt). 17) Helene Margarethe Rebecka Valenbus, Donnerschwee, 28 J. 5 M.

Gottesdienst in der Lambertikirche.

Sonntag, den 20. Januar:

Vorm. (Anf. 8½ Uhr.) Herr Hofprediger Ballroth.

Verm. (Anf. 10 Uhr.) Herr Pastor Greverus.

Nachm. (Anf. 2 Uhr.) Herr Kirchenrath Clausen

Den geehrten Abonnenen, die sich über unregelmäßige Zusendung des Volksfreundes beklagen, diene zur Nachricht, daß dem Uebelstande möglichst abgeholfen werden soll. Der Post-Expedition bitten wir die Schuld nicht beizumessen.

Beiträge für den „Oldenburgischen Volksfreund“ sind an die Verlagshandlung einzusenden.

Der

Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Zweiter Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagshandlung angenommen.

Das allgemeine Stimmrecht.

In der vorigen Nummer dieses Blattes ist die allgemeine Wahlfähigkeit Gegenstand des Spottes gewesen, und in der That giebt sie Stoff genug dazu. Es ließen sich die lächerlichsten Dinge darüber veröffentlicht, wenn man Alles, was derartiges passirte, ans Tageslicht bringen möchte oder dürfte. Reisende Stimmensänger mit gedruckten Wahlzetteln, das Aufbieten aller Ueberredungskünste, Abrathen, Zurathen, Befürchtungen, Erwartungen, Versprechungen, Drohungen — was wird nicht Alles angewandt, um eine arme Seele, die gar nicht weiß, warum es sich handelt, zu bewegen, diese und keine andere Wahlliste anzunehmen? Hier heißt es: „willst du preussisch werden? willst du deinen Theil dazu thun, daß der Großherzog abgesetzt werde? willst du hohe Steuern zahlen, wie die Preußen? willst du noch theurer Kaffee trinken, als jetzt?“ Dort heißt es: „willst du, daß Handel und Wandel noch mehr zurückgehen? willst du hannöversisch werden? willst du, daß Alles über Kopf geht?“ — Und die arme Seele giebt gewöhnlich dem leidigsten und geschmeidigsten Sprecher, der ihr am meisten nach dem Munde redet, Recht, oder auch dem, gegen den sie die meisten Verpflichtungen hat. Von einer eigentlichen Freiheit der Wahl ist nur bei Wenigen die Rede; sie ist größtentheils nur Schein.

Das allgemeine Stimmrecht beruht auf der Voraussetzung, daß alle Menschen gleich sind. Das ist eine Formel, die, leicht faßlich, leicht gesprochen, und ebenso leicht widerlegt oder verspottet, doch eine gewaltige Kraft enthält, die fort und fort arbeitet, um sich Geltung zu verschaffen; sie findet indeß in der

natürlichen Beschaffenheit der Dinge, die keine politische Partei wird ändern können, ihre Grenze. Wenn Geschlecht und Alter auch heut zu Tage noch allgemein für nothwendige Gründe der Unterscheidung gelten, so zweifelten bis vor Kurzem wenige, daß Stand und Beruf, Besitz und Vermögen ebensowohl begründete Verschiedenheiten bedingten; daß namentlich die Theilnahme am politischen Leben nicht jedem Menschen in gleichem Umfang zustehen könne. Dem Besizenden und Besitzlosen, den selbstständig Wirkenden und den Gehülften oder Diener wird man nie vollständig gleichstellen; man wird sie für die Verhältnisse des öffentlichen Lebens ebensowenig gleich behandeln können, wie im Hause, wo sie zusammen wohnen, in der Gemeinde, wo sie neben einander stehen, wo aber Lasten und Pflichten verschieden sind. Das politische Recht ist mit Nichten als ein solches zu betrachten, welches der Person unmittelbar und eigenthümlich anhaftet; es ist nicht die individuelle Freiheit, welche in demselben Befriedigung und Schutz erhalten soll; sondern das Beste der Gesamtheit muß bestimmen, wer geeignet ist als Träger dieses Rechtes zu erscheinen und es zum Frommen der Gesamtheit zur Ausübung zu bringen. Keine Staatsordnung, möge sie sein, welche sie wollte, wird bestehen oder zu irgend welcher Stetigkeit gelangen, wenn die Entscheidung aller politischen Fragen in die Hände der großen Masse, die sich nur zu oft willenlos leiten läßt und launenhaft Tag um Tag dem einen oder dem andern Führer folgt, gelegt wird. Die politisch vorangeschrittenen Völker des modernen Europas haben den Besitz oder die Steuerpflicht gegen den Staat als Basis der politischen Rechte hergestellt; und es ist daher ganz etwas anderes, wenn die Wahl von